

DGB-Zukunftswerkstatt, 24.-25.06.2022

The logo of the German Trade Union Confederation (DGB) is located in the top right corner. It consists of a red parallelogram with the letters 'DGB' in white, bold, sans-serif font.

Workshop

„Neue friedens- und sicherheitspolitische Herausforderungen“

Thomas Fischer

Abteilung „Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik“

beim DGB-Bundesvorstand

➤ *Neue Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa:*

- **Zeit für eine Neubewertung:** Zunehmend diktatorisch agierendes russisches Regime und seine Großmachtansprüchen vs. sicherheitspolitisches Verständnis der westlichen Staatengemeinschaft.
- Bereits seit einigen Jahren grundlegende **Verschiebung der geopolitischen Machtkonstellationen.**
- Neue multipolare Weltordnung durch **starke einseitige Abhängigkeiten** in sicherheits-, handels- und energiepolitischen Fragen geprägt. Durch Corona-Krise und Ukraine-Krieg legen Verwundbarkeit durch diese Abhängigkeiten offen.
- Europa auf stärkere Zusammenarbeit beim Auf- und Ausbau widerstandsfähige Infrastrukturen und Wertschöpfungsketten angewiesen, um insbesondere in der Energieversorgung bei kritischen Gütern, Schlüsseltechnologien **unabhängiger** zu werden.

➤ *Unser Verständnis von Sicherheit:*

- **Erweiterter Sicherheitsbegriff:** Jenseits militärischer Bedrohungsszenarien auch Berücksichtigung von Gefährdungen der Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien, der Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung sowie der Auswirkungen des Klimawandels und globaler Pandemien.

- Für eine **Bundeswehr**, die ihrem **grundgesetzlichen Auftrag als Verteidigungsarmee** gerecht werden kann.

Aber: Entscheidung über Beschaffung von Rüstungsgütern entlang konkreter Bedarfe für eine verbesserte Verteidigungsfähigkeit. Zudem Verbesserung der Ausrüstung nicht nur Frage des Geldes (Beschaffungswesen!).

- Deshalb: Kritische Beurteilung einer Orientierung an abstrakten Summen, wie bei **Sondervermögen für die Bundeswehr** in Höhe von 100 Mrd. Euro.
- Dynamische Anpassung der **Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit und Konfliktprävention** mindestens auf dem Niveau der Mehrausgaben für Verteidigung.

➤ *Abrüstung, Rüstungs- und Rüstungsexportkontrolle*

- Weiterhin Ablehnung der dauerhaften Aufstockung des deutschen Rüstungshaushalts auf das **Zwei-Prozent-Ziel der NATO** oder darüber hinaus (zusätzlich: Ablehnung der Verankerung dieses Ziels im Grundgesetz).
- Aufforderung an die Bundesregierung: Rückkehr zum **Ziel einer allgemeinen und weltweit kontrollierten Abrüstung**, um einem neuen weltweiten Rüstungswettlauf Einhalt zu gebieten.
- Eintreten für die weltweite **Ächtung von Atomwaffen** und Ablehnung der nuklearen Teilhabe Deutschlands sowie der Lagerung von Atomwaffen in unserem Land.
- Notwendigkeit, uns in der Debatte auch schwierigen und kontroversen Fragen zu stellen, wie bei **Grenzen und Kriterien für Waffenlieferungen oder gesetzlichem Rahmen für die Rüstungsexportkontrolle**.

- *Architektur einer dauerhaften stabilen Friedens- und Sicherheitsordnung*
 - **Strategisch souveräne Europäische Union**, die sich politisch und wirtschaftlich als eigenständiger Akteur in einer grundlegend veränderten Welt behaupten kann.
 - **Europäische Union als Wertegemeinschaft** nach innen und außen: EU-Politik, die auf der Überzeugung gründet, dass Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Völkerrecht nicht zur Disposition gestellt werden dürfen, als Wertefundament für die gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur.
 - Neben **Rolle der EU, der NATO und der Vereinten Nationen** auch Berücksichtigung von Formaten und Institutionen wie die **OSZE**.

Inhaltliche Dimensionen unserer Positionierung

Sicherheits- und Verteidigungspolitik

- Neue geopolitische Rahmenbedingungen / Bedrohungslage (Machtdreieck USA, China, Russland).
- Neue europäische / internationale Friedens- und Sicherheitsarchitektur im Rahmen eines regelbasierten Multilateralismus.
- Stärkung strategischer Souveränität der EU / Stärkung Gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU / Verhältnis EU-NATO.
- Stärkung der Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit Deutschlands, inkl. Auslandseinsätze mit UN-Mandat (Ausrüstungsbedarf der Bundeswehr).
- Abrüstungsinitiativen / Zukunft der nuklearen Teilhabe Deutschlands.
- Kriterien für Waffenlieferungen / Rüstungsexportkontrolle.

Erweiterter Sicherheitsbegriff

- Weitere relevante Handlungsfelder, auch im Rahmen der nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung:
 - Sicherung Energie- und Rohstoffversorgung.
 - Resiliente Liefer- und Wertschöpfungsketten.
 - Klimawende und Umweltschutz.
 - Faire Globalisierung (inkl. Handels- und Entwicklungspolitik).
 - Bekämpfung globaler Pandemien.
 - IT- und Kommunikation / Cyber-Abwehr.
 - Feministische Außenpolitik.
- Fragen der Finanzierung und des erforderlichen institutionellen Settings (z.B. Debatte um nationalen Sicherheitsrat).

Normative Grundlagen

- Leitmotiv kooperativer Sicherheit (basierend auf den völkerrechtlichen Prinzipien der territorialen Integrität, der souveränen Gleichheit und Selbstbestimmung sowie der Pflicht zur friedlichen Konfliktbeilegung).
- Wertebasierte deutsche und europäische Außenpolitik (Wertekanon: Wahrung der Menschenrechte, Minderheitenschutz, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit).
- Stärkung ziviler Komponenten der Sicherheitspolitik (Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und zivile Konfliktprävention) statt Verengung der Debatte auf militärische Friedenssicherung.
- Stärkung der demokratischen Kontrolle sicherheitspolitischer Institutionen
- Friedens- und abrüstungspolitisches Engagement der Gewerkschaften.

Leitfragen für die Diskussion

- Wie sollten sich die Gewerkschaften angesichts des Ukraine-Krieges aus Eurer Sicht friedens- und sicherheitspolitisch positionieren? Wo könnt Ihr mit der neuen OBK-Beschlusslage mitgehen und wo seht Ihr besonderen Diskussionsbedarf?
- Wie stark beeinflussen der Ukraine-Krieg und seine Folgen Eure gewerkschaftliche Arbeit im Kreis- oder Stadtverband oder auch in der Region? Spielt dabei die aktuelle friedens- und sicherheitspolitischen Debatte eine wichtige Rolle (falls ja: welche Aspekte?) oder stehen eher Fragen wie die wirtschaftlichen und sozialen Kriegsfolgen für die Beschäftigten oder auch die Hilfe für ukrainische Flüchtlinge im Vordergrund?
- Mit welchen friedenspolitischen Aktivitäten und Aktionen habt Ihr auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine reagiert? Wie eng war dabei Eure Zusammenarbeit mit friedenspolitischen Initiativen vor Ort? Wie wird sich die aktuelle DGB-Positionierung zum Ukraine-Krieg und seinen Folgen auf diese Zusammenarbeit auswirken?
- Seht Ihr Bedarf an mehr Unterstützung für Euer friedenspolitisches Engagement durch den DGB-Bundesvorstand – und falls ja: welchen?

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!

Thomas Fischer

DGB Bundesvorstand

Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Telefon (+49) 030 24060-280

Mobil (+49) 0175 44 97 417

E-Mail thomas.fischer@dgb.de
